

Stellungnahme zur Untersuchung zum Vorwurf der gelenkten Berichterstattung im NDR-Landesfunkhaus Schleswig-Holstein durch DeLoitte

1. Redaktionskonferenz am 05.02.2019

Gegenstand der Redaktionskonferenz am 05.02.2019 war das Ergebnis der COPSOQ-Untersuchung, einer gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchung zu psychosozialen Belastungen am Arbeitsplatz, die Krankheiten verursachen können. Bei dieser Untersuchung hatte die Redaktion Politik und Recherche, der ich zum damaligen Zeitpunkt angehört habe, besonders schlecht abgeschnitten. Aus diesem Grund war eine Redaktionskonferenz mit dem Direktor einberufen worden. Am Zustandekommen dieser Redaktionskonferenz war ich beteiligt als gewählte Vertrauensperson der Schwerbehinderten, die nach SGB IX nicht nur für Menschen mit Behinderung zuständig ist, sondern für alle, denen eine nachhaltige gesundheitliche Einschränkung droht. Insoweit war ich an der Konferenz in Ausübung des Amtes als SBV beteiligt.

Da niemand gewagt hat, die Missstände (schlechtes Arbeitsklima, Eingriffe ins Programm, autoritäre Führung, mangelnde Wertschätzung – siehe COPSOQ-Ergebnisse) anzusprechen, habe ich mich zu Wort gemeldet.

In meiner Wortmeldung habe ich dem Direktor vier Fragen gestellt: Welche Arbeitsziele hat der Recherche-Pool – Recherche-Pool (Hintergrund) oder Reporter-Pool (Aktualität)? Welche Rollen sind den Redakteuren zuzuordnen, also steuern sie in begrenzter Selbständigkeit die Recherchen oder macht das die Abteilungsleiterin allein? Wie gestalten sich die Arbeitsabläufe, bleibt es bei Mehrfach-Abnahmen von Filmen durch zwei Führungskräfte, was für Mehraufwand sorgt? Haben wir bei schwierigen Recherchen überhaupt den Rückhalt der Führung, oder müssen wir damit rechnen, dass, wie es mir vor eineinhalb Jahren, am 29. Mai 2017,

ergangen sei, der Berichterstattung im Sinne der nunmehr amtierenden CDU-geführten Landesregierung beeinflusst werde? Die Atmosphäre war angespannt. Volker Thormählen stammelte mehrfach, dies sei ja absurd.

## 2. Vorgegangene Maßregelung am 29.05.2017

Am 29.05.2017 wurde ich ohne Angabe von Gründen ins Zimmer des Direktors zitiert. Dort saßen neben Volker Thormählen der Bereichsleiter Fernsehen Norbert Lorentzen und die Redaktionsleiterin Politik und Recherche Julia Stein. Bei dieser Besetzung war mir sofort klar, dass es darum ging, mich zu „überfahren“ und eine Situation herzustellen, in der sich die Führungskräfte im Nachhinein gegenseitig in den Zeugenstand rufen können.

Volker Thormählen kritisierte meinen Filmbeitrag über Ermittlungsfehler im Fall „Subway“. Es ging um eine Messerstecherei zwischen verfeindeten Rockergruppen in einem Schnellimbiss in Neumünster.

Die Berichterstattung stützte sich auf die vollständige Ermittlungsakte, zitierte ausführlich daraus und ließ den Kriminologen und Polizeiwissenschaftler Prof. Dr. Thomas Feltes von der Uni Bochum, einen international anerkannten Experten und Berater von Europarat, UN und OSZE, mehrfach zu Wort kommen. Er stellte eine ganze Reihe von Ermittlungsfehlern fest, die auf systematische Vertuschung hindeuteten. Grund hierfür war, wie sich erst später herausstellte, dass ein Beteiligter des Geschehens, der Präsident der „Bandidos“ in Neumünster, Ralf Bacher, für das LKA als V-Mann gearbeitet hat.

Nach dem Grundsatz „Et audiatur altera pars“ war auch die Gegenseite mehrfach angefragt. Entsprechende Mails an den damaligen Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium Jörg Muhlack und Landespolizeidirektor Ralf Höhs blieben unbeantwortet. Ein entsprechender Hinweis sollte in die Abmoderation zum Beitrag aufgenommen werden. Ein vorgegangenes Hintergrundgespräch bei Muhlack war reiner Hintergrund und damit nicht zitierfähig.

Volker Thormählen erklärte, dass er am vorgegangenen Wochenende lange Telefonate mit „seinem alten Schulfreund Ralf Höhs“ und Jörg Muhlack geführt habe. Volker Thormählen nannte zehn Kritikpunkte der beiden, die er inhaltlich ohne nähere Prüfung des Films übernahm und mir vorhielt.

Ich erklärte dazu, dass ich alle zehn Punkte zurückweise. Es sei bemerkenswert, dass Höhs und Muhlack beim Direktor intervenieren,

statt unsere Anfragen zu beantworten. Im Übrigen stütze sich der Recherche-Pool auf ein Konvolut interner Dokumente, die unsere Darstellung zweifelsfrei belegten.

Dies hat Volker Thormählen nicht interessiert.

Es war für mich klar, dass es darum ging, die Berichterstattung im Sinne einer CDU-Seilschaft zu lenken. Meinem Memo über dieses Meeting, das später Teil der arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzung wurde, hat der NDR vor Gericht nicht widersprochen.

Im Übrigen sind die Ausführungen von Höhs und Muhlack durch den Gang der Ereignisse, insbesondere durch den sog. Buß-Bericht und den Prüfbericht des LKA Mecklenburg-Vorpommern zu den Missständen im LKA, widerlegt.

### 3. Verhöre in der Politikredaktion

In der Folge ließ die Funkhausleitung eine Reihe von Verhören durchführen, um Belastungsmaterial gegen mich zu sammeln. Wie mir mehrere Kolleginnen und Kollegen mitteilten, wurde alle Teilnehmer der Redaktionskonferenz vom 05.02.2019 einem Verhör unterzogen.

Die Kolleginnen und Kollegen hatten tagelang kalten Angstschweiß auf der Stirn, manche konnten nachts kein Auge mehr schließen. Andere holten sich offenbar Rat bei Freunden oder Anwälten.

Wie sich später herausstellte, wurden in den Protokollen auch Aussagen gefälscht. Auf diese Weise sollten für mich belastende Formulierungen gewonnen werden. Dies ergibt sich daraus, dass mindestens eine Person das Protokoll seiner Vernehmung angefordert und damit gedroht hat, die Aussage zurückzuziehen, wenn sie nicht korrigiert werde.

Ich persönlich wurde von einem Vierergremium verhört, dem der damalige Leiter der Hauptabteilung Personal, Andreas Damm, Fernsbereichsleiter Norbert Lorentzen, Redaktionsleiterin Julia Stein und die Kieler Personalchefin Gaby Kies angehörten. Auf meiner Seite nahmen Gesamt-Schwerbehindertenvertreter Carsten Hübsch und der Personalratsvorsitzende Klaus Albert teil.

Das Ergebnis dieses Verhörs stand in meinen Augen bereits im Vorhinein fest. Deshalb handelte es sich hier nicht um eine Anhörung. Es war klar, dass ich aus der Politikredaktion entfernt und abgemahnt werden sollte.

Dies schien mir als journalistisches Disziplinierungsmittel gedacht. Es ging m.E. darum, durch die Erzeugung von Angst vorausseilenden Gehorsam zu erzwingen. Das Ziel der Verhöre war es, jeden künftigen

Widerstand gegen politische Eingriffe ins Programm von Vorneherein zu brechen.

#### 4. Abmahnung

In der Folge hat Volker Thormählen über den damaligen Vorsitzenden des Personalrats, Klaus Albert – der ebenfalls der CDU angehört -Folgendes an mich herangetragen: Wenn ich mit einer Ermahnung, die nach 18 Monaten aus der Personalakte gestrichen werden könne, einverstanden sei, werde er von einer Abmahnung absehen.

Ich habe ihm ausrichten lassen, dass ich für diesen Deal nicht zu haben sei und dass wir den Streit gerichtlich klären. Daraufhin habe ich mir einen Anwalt gesucht. Als die Abmahnung erging, bin ich gerichtlich dagegen vorgegangen.

#### 5. Arbeitsgerichtliches Verfahren

In der Güteverhandlung hat die Richterin eine Mediation vorgeschlagen. Mit diesem Vorgehen habe ich mich im Wissen, dass die Ablehnung einer Mediation in der Hauptverhandlung nachteilig wirken könnte, einverstanden erklärt.

In der Mediation habe ich mich auf Anraten meines Anwalts Dr. Arndt mit einem Kompromiss einverstanden erklärt. Hintergrund war die Befürchtung, das Arbeitsgericht könnte eine Störung des Vertrauensverhältnisses feststellen und damit eine Kündigung des Arbeitgebers gegen Abfindung ermöglichen.

Der Kompromiss sah unter anderem vor, dass der NDR die Abmahnung streicht und die Arbeit der SBV künftig unterstützt. Meinerseits habe erklärt, dass ich die in der Redaktionskonferenz vom 05.02.2019 aufgestellten Behauptungen nicht wiederhole.

Die Erklärung, zu der die Mediation geführt hat, habe ich unabhängig vom Wahrheitsgehalt meiner damaligen Äußerungen abgegeben. Das Arbeitsgericht hat mir auch freigestellt, wie ich diese Erklärung abgebe – als Brief an den Direktor, Mail an alle im Funkhaus, Mail an alle im NDR, oder als ganzseitige Anzeige in den Kieler Nachrichten zum Beispiel. Ebenso hat mir das Arbeitsgericht freigestellt, die Erklärung mit einer einordnenden Einleitung oder einem Kommentar zu versehen, in dem ich beispielsweise das Geschehen rekapituliere.

Ich war genauso wie mein Anwalt Dr. Volker Arndt erstaunt, dass mir der NDR eine solche Erklärung niemals abverlangt hat.

#### 6. Berichterstattung über interne Missstände 2022

Mit Beginn der Passiv-Phase meines Langzeitkontos am 1. Juni 2022 habe ich mit den Missständen im NDR-Landesfunkhaus Schleswig-Holstein abgeschlossen und mich neuen Aufgaben gewidmet. Dazu gehören Recherchen für Buchprojekte, unter anderem in Schweden. Deshalb hat mich der Auftakt der Berichterstattung im „Business-Insider“ am 24. August 2022 überrascht. Kenntnis von den genannten Publikationen erhielt ich am gleichen Tag abends nach 22:00 in der Lobby des Hotels „Skandic Klara“ in Stockholm. Ein Kollege vom RBB hat mir um 22:06 aus dem Urlaub eine SMS mit dem entsprechenden Link geschickt.

Anders als im NDR-Medienmagazin „Zapp“ dargestellt stand ich nicht im Mittelpunkt dieser Publikationen oder der „Kieler Affäre“, war am Zustandekommen dieser Berichterstattung nicht beteiligt und hatte im Vorfeld keine Kenntnis davon. Insbesondere die Berichterstattung in „Zapp“ bewerte ich als Racheakt im Auftrag der in Rede stehenden Führungskräfte, ausgeführt von Freien, die weisungsgebunden agieren und sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit befinden.

Im „Business-Insider“ vom 24. August 2022 ging es um den Bericht des Redaktionsausschusses zur politischen Einflussnahme auf die Berichterstattung von Carsten Janz. Dieser Bericht lag mir zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht vor.

Es war aber sofort klar, dass Rechercheure, die den internen Bericht des Redaktionsausschusses heranrecherchieren konnten, auch auf meinen Fall stoßen würden. Denn ich hatte 2019 einigen Gremienmitgliedern (Personalrat, SBV), mehreren Kolleginnen und Kollegen, aber auch Personen in meinem privaten Umfeld Teile der Prozessakte zugänglich gemacht.

Deshalb habe ich am Folgetag, dem 25. August 2022, von Stockholm aus mit meinem Anwalt Dr. Arndt in Kiel telefoniert. In der Folge verabredeten wir, dass ich mich gegenüber der Presse nicht äußern werde. Dr. Arndt hingegen hat auf Anfrage verabredungsgemäß folgende Erklärung abgegeben: „Mein Mandant wird sich derzeit dazu nicht äußern. Der Vorgang spricht aber für sich.“

Versuche von Herrn Dr. Arndt, nach Angriffen in der Presse auf meine Person eine teilweise Befreiung von der Schweigepflicht nach Arbeitsvertrag und damit die Möglichkeit zur Reaktion zu erhalten, wurden von der Hamburger Kanzlei Eversheds Sutherland im Auftrag des NDR-Justiziariats abgewehrt. Deshalb habe ich mich auch hierzu öffentlich nicht geäußert.

Dabei ist es bis zur Entbindung von meiner Schweigepflicht nach Arbeitsvertrag durch NDR-Justiziar Dr. Kühn gegenüber DeLoitte auch geblieben.

## 7. Aufklärung und Rolle der NDR-Gremien

Spätestens im Sommer 2019 waren der Landesrundfunkrat Schleswig-Holstein und der Verwaltungsrat des NDR in Hamburg über die Missstände im Landesfunkhaus, insbesondere jene in der Redaktion Politik und Recherche und über meinen Konflikt mit der Führung, informiert. Aus vertraulicher Quelle wurde mir mitgeteilt, dass zumindest das Verwaltungsratsmitglied Uwe Grund sowie die Mitglieder des Landesrundfunkrats Anke Schwitzer und der inzwischen verstorbene Uwe Polkhaen im Bilde waren.

Senderintern, aber auch in der politischen Öffentlichkeit in Schleswig-Holstein, sind die vielfältigen Eingriffe ins Programm seit Mitte 2019 bekannt gewesen und wurden aus politischen Gründen gedeckt. Alle im Landtag vertretenen Parteien waren informiert, ließen aber den Dingen ihren Lauf.

Deshalb haben die NDR-Gremien in meinen Augen ihre Aufsichtspflicht verletzt und sich mit der Rolle eines willfährigen „Kaffeekränzchens“, wie es in den „Kieler Nachrichten“ hieß, begnügt. Die NDR-Gremien präsentierten sich m.E. als Teil eines Schweigekartells, das die Transformation des NDR-Landesfunkhauses Schleswig-Holstein in ein Propaganda-Instrument der CDU-geführten Landesregierung gedeckt hat und weiter deckt.

Die interne Aufklärung, insbesondere jene durch die beiden beauftragten des Intendanten, war taktisch motiviert und gleicht eher einer Vertuschung. Ihr Fazit, es gäbe keine Hinweise auf politische Eingriffe ins Programm, blendet weithin bekannte Fakten aus.

Die Entscheidung des Intendanten, Volker Thormählen – und damit den eigentlichen Spiritus Rector der Zensur- und Repressionsmaßnahmen – die Geschäfte als Funkhausdirektor weiterführen zu lassen, zeigt in meinen Augen, dass faktisch kein Aufklärungswille existiert. Es ging offensichtlich nur darum, den Lieblingskandidaten der Landesregierung aus machttaktischen Motiven weiter im Amt zu halten.

Die Beauftragung von DeLoitte mit einer Untersuchung der Missstände durch die Vorsitzende des Landesrundfunkrates erscheint mir deshalb als Versuch, eigenes Versagen der Gremien im Nachhinein zu legitimieren und zu vertuschen.

Aufklärung im eigentlichen Wortsinn wurde ausschließlich von der überregionalen Presse geleistet. NDR-Führung und Gremien haben versagt.

Dieser Erklärung habe ich nichts hinzuzufügen. Weitere Angaben zum Thema, insbesondere Informationen Dritter, die mir als Vertrauensperson der Schwerbehinderten zur Kenntnis gelangt sind, unterliegen der Schweigepflicht nach SGB IX, die über das Ausscheiden aus dem Amt hinauswirkt.